Dresdner Volkszeitung

Postscheckkonto: Leipzig, Kaden & Komp., Nr. 20613.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Bankkonto: Gebr. Arnhold, Dresden.

Abonnementspreis mit der täglichen Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst einschließlich Bringerlohn monatlich 1.00 M. Durch die Post bezogen vierteljährlich 3.00 M., unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn M. 5.60. Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Wettinerplatz 10. Tel. 25 261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. **Expedition:** Wettinerplatz 10. Tel. 25 261. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die 6gespaltene Petitzeile mit 35 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt, ebenso auf Vereinsanzeigen. Inserate müssen bis spätestens ½10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — **Telegramm-Adresse:** Dresdner Volkszeitung.

Nr. 219. | Dresden, Donnerstag den 20. September 1917. | 28. Jahrg.

Erfolgloser französischer Angriff bei Verdun. — Ein russischer Vorstoß in der Bukowina gescheitert.

(W. T. B.) Amtlich. Großes Hauptquartier, den 20. September 1917.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht:

In Flandern dauerte der starke Artilleriekampf tagsüber zwischen Houthoulster Wald und Lys unvermindert an. Feuerwellen größter Heftigkeit lagen wechselnd auf einzelnen Abschnitten unserer Abwehrzone. Die Nacht unterbrach die gesteigerte Kampftätigkeit der Artilleriemassen nicht.

Gewaltigem Trommelfeuer am frühen Morgen folgten mit Hellwerden nach den bisherigen Meldungen starke englische Angriffe auf breiter Front.

Heeresgruppe deutscher Kronprinz:

Vor Verdun griffen die Franzosen gestern morgen und abends bei der Höhe 344 östlich von Samogneux, wo sie sich tags zuvor schon eine blutige Schlappe geholt hatten, wiederum ohne jeden Erfolg an.

Zwanzig feindliche Flugzeuge wurden abgeschossen. Vizefeldwebel Thom brachte auch gestern zwei Gegner im Luftkampfe zum Absturz.

Oestlicher Kriegsschauplatz.

Front des Generalfeldmarschalls Prinz Leopold von Bayern:

Bei Dünaburg, am Stochod, bei Brody und Tarnopol war die Artillerietätigkeit lebhaft.

Front des Generaloberst Erzherzog Joseph:

An der Bukowina griffen die Russen westlich von Arbora an; sie wurden durch unser Abwehrfeuer in ihre Gräben zurückgetrieben, aus denen Maschinengewehrfeuer sie erneut vorzutreiben suchte.

Mazedonische Front.

Nur im Cerna-Bogen lebhafte Gefechtstätigkeit.

Der erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

Amtliche Kriegspropaganda.

In der annexionistischen Presse wird weiter gewütet. Man sieht dort immer mehr, daß auf die Erreichung der wahnwitzigen Kriegsziele, die unseren Eroberern vorschweben, nicht mehr zu rechnen ist. Allen voran geht natürlich die Deutsche Tageszeitung, in der Graf Reventlow Herrn Erzberger als einen Reichsschädling bezeichnet, weil er davon gesprochen hätte, daß die Gründung eines unabhängigen Litauens geplant sei, was angeblich zur Folge gehabt hat, daß die litauer Verhandlungen, die von ihnen über die Schaffung einer Landesvertretung mit Vertretern des Deutschen Reichs geführt wurden, abgebrochen haben.

Selbstverständlich befaßt sich die annexionistische Presse auch mit den vom Vorwärts gemachten Enthüllungen über den Plan, mit amtlicher Hilfe eine umfangreiche Agitation gegen die Reichstagsmehrheit ins Werk zu setzen. Sie erklärt, daß es weiter nichts wie die verdammte Pflicht und Schuldigkeit der Regierung sei, schleunigst durch die Behörden das deutsche Volk darüber belehren zu lassen, daß die Reichstagsmehrheit auf dem Holzwege ist. Die Deutsche Tageszeitung schreibt dazu:

> Schon der unqualifizierbare Artikel des Genossen Dr. David gegen die Deutsche Vaterlands-Partei hat ja deutlich gezeigt, welche Furcht die Sozialdemokratie vor einer Aufklärung der Massen über die Gefahren eines Scheidemann-Friedens hat. Wenn das Organ Scheidemanns die angebliche Absicht amtlicher Stellen jetzt unter dem Stichwort „ein gefährlicher Plan" zu durchkreuzen versucht, so beweist das nur von neuem, wie groß diese Besorgnis ist. Daß der Plan eine Gefahr zeitigen würde, ist ja zweifellos richtig: seine wirksame Ausführung würde sehr gefährlich für die Bestrebungen des Abgeordneten Scheidemann sein, das Deutsche Reich in einen Hungerfrieden hineinzutreiben. Für die Regierung sollte die Drohung des Vorwärts mit entschiedener Gegenwehr darum nur ein Fingerzeig mehr dafür sein, auf welchem Wege die angemaßte Macht der im Parlament sitzenden Reichsverderber am sichersten gebrochen und die große Mehrheit des deutschen Volkes von neuem im Zeichen entschlossenen Siegeswillens zusammengeführt werden kann. Im übrigen ist es **einfache Pflicht und Schuldigkeit der Regierung**, die das Schicksal eines großen Reiches in so kritischer Zeit zu lenken hat und die Führung wirklich in der Hand behalten will, für die sachgemäße Aufklärung des Volkes über seine große Schicksalsfrage zu sorgen; sie trägt die Verantwortung vor der Geschichte und vor der deutschen Zukunft, wenn durch weitere Unterlassungssünden auf diesem Gebiet der Siegeswille des deutschen Volkes verkümmert und erstickt werden sollte.

Es ist wirklich nicht die Furcht vor der Wahrheit, die im Vorwärts den gescheiten Plan einer alldeutschen Propaganda von Amts wegen gefährlich erscheinen läßt. Einen ernsten Kampf mit den Herren Eroberern haben wir nicht zu scheuen. Könnten die Massen des deutschen Volkes frei und offen ihren Willen kundtun, die alldeutschen Kriegshetzer würden von ihrer Entrüstung geradezu hinweggefegt; dann würde sich so recht zeigen, wie klein trotz dem gewaltigen Radau, den die Herren Eroberer machen, das Häuflein ist, das hinter ihnen steht. Aber nicht ungefährlich ist jene halbgeheime amtliche Propaganda, wie sie gewisse Leute wünschen, in der der Herr Bureauchef seine Untergebenen zusammentrommelt und unter Einsetzung des Gewichts, das ihm seine Amtswürde leiht, seine Leute darüber aufklärt, was dem deutschen Volke frommt und welche Gesinnung sie sich zuzulegen haben, wenn sie oben gut angeschrieben sein wollen. Eine solche Propaganda käme unter Umständen darauf hinaus, daß ein ganz falsches Bild über die Anschauung der Volksmassen entstände, und das wäre eine Gefahr. Aehnlich wie die Deutsche Tageszeitung äußert sich auch die Kreuzzeitung:

> **Den Siegeswillen eines im Kriege befindlichen Volkes zu stärken ist die vornehmste Pflicht** des Staatsmannes, den das Schicksal an seine Spitze gestellt hat. Es ist einer der schwersten Vorwürfe gegen die Kanzlerschaft Bethmann-Hollwegs, daß er zu diesem Zwecke nicht nur nichts getan, sondern vieles geduldet und auch manches getan hat, was die gegenteilige Wirkung herbeiführen mußte. Die Reichstagsmehrheit aber und ihre Verteidigung namentlich in der sozialdemokratischen und Erzbergerschen Presse **haben den Siegeswillen des deutschen Volkes** geradezu sabotiert. Eine Regierung, die sich an die Arbeit machte, ihn wieder herzustellen, würde sich damit nur Anspruch auf den Dank des Vaterlandes erwerben.

Die Herren Konservativen haben es ja stets als ihr gutes Recht angesehen, daß der amtliche Apparat zur Agitation für sie in Bewegung gesetzt wird. Und sie können sich gar nicht mit dem Gedanken abfinden, daß es einmal anders kommen könnte. Der deutsche Reichstag hätte jedenfalls allen Grund, gegen einen derartigen Mißbrauch auf das allerschärfste Front zu machen. Daß die Mitteilungen des Vorwärts über den geplanten Aufklärungsfeldzug richtig sind, wird nun auch vom Berliner Tageblatt bestätigt, dem wir folgendes entnehmen:

> Aus Informationen, die uns zur Verfügung stehen, geht klar und unzweideutig hervor, daß es sich in der Tat um eine genau ausgearbeitete, **in allen Einzelheiten organisierte**, von amtlichen Stellen geleitete und mit Hilfe des amtlichen Apparats durchgeführte Agitation handelt. Diese Agitation erstreckt sich auf die verschiedensten Kreise und Schichten abhängiger, von ihren amtlichen Vorgesetzten abhängiger Personen. Sie steht nicht nur im Widerspruch zu der Politik der Reichstagsmehrheit, sondern doch auch, wenn nicht alles täuscht, im Widerspruch zur Politik der Regierung. Ob der Herr Reichskanzler von diesen Vorgängen etwas weiß, vermögen wir nicht zu beurteilen, aber es wäre unverständlich, daß ihm und seinen Mitarbeitern diese so umfangreiche, rührige und planmäßige „Aufklärungsarbeit" verborgen bleiben sollte. Eine „Gegenwehr in der Presse", von der das sozialdemokratische Blatt spricht, ist aus Gründen, die nicht näher bezeichnet zu werden brauchen, sehr schwierig. Der Reichstag aber wird sich mit dieser recht dringlichen Angelegenheit ja vermutlich beschäftigen.

Die bevorstehende Reichstagstagung wird Herrn Michaelis Gelegenheit geben, mitzuteilen, was er gegen den Unfug zu tun gedenkt. Die Reichstagsmehrheit wird darauf bestehen müssen, daß mehr Licht in diese vorläufig noch etwas dunkle Geschichte gebracht wird.

Alldeutsche Täuschungen.

Die Alldeutschen fangen im Industriegebiet an, die Arbeiterschaft zu bearbeiten. Eine von „1000 Bergarbeitern und anderen Bürgern" besuchte Versammlung in Katernberg bei Essen telegraphierte in dem üblichen Sinne gegen Wilson und für den Machtfrieden. Die Besucherzahl ist erheblich überschätzt, eine Menge Schulkinder (Knaben und Mädchen) war in der Versammlung und die Zechenbeamten hatten die lebhafteste Propaganda für die Versammlung gemacht. Wie das wirkt, weiß nur der Kenner der Verhältnisse. Charakteristisch ist die Art der Reden. Von den Beschimpfungen Wilsons und der Reichstagsmehrheit wollen wir ganz absehen. Aber wie man auf die Arbeiter zu wirken versucht! Wenn wir England nicht niederschlagen, Riga und Belgien nicht behalten, ja bricht für die Arbeiter mit dem Frieden eine fürchterliche Zeit des Elends herein. Wenn sie dann 2.50 Mark pro Tag verdienen, können sie sich bei den Scheidemann und Erzberger bedanken!

•

„Der innere Feind."

Unser Hamburger Parteiblatt, das Echo, wendet sich gegen die kriegshetzerischen Alldeutschen, die neuerdings mit einem Aufruf Anhänger fangen wollen, in dem es einleitend heißt: **„Mitbürger! Das Vaterland ist in Gefahr! In einer größeren als vor drei Jahren!** Gegen den äußeren Feind konnten wir damals unserer Wehrmacht vertrauen, und dies Vertrauen hat uns nicht getäuscht. **Heute ist der innere Feind am Werk!** . . ."

„Hier wird also" so bemerkt das Echo hierzu, „von einer kleinen Gruppe die **Mehrheit des deutschen Volkes in der empörendsten Weise beschimpft** als innerer Feind. Nicht durch das Bemühen der Reichstagsmehrheit für den Frieden kommt das Vaterland in Gefahr, sondern **durch das Treiben solcher Helden**, die, weit vom Schuß, mit dem Blut und den Leibern anderer **„das Volk zu einem glänzenden Aufstieg führen" wollen.** Es ist die höchste Zeit, daß das deutsche Volk sich einmütig gegen dieses Treiben der Alldeutschen erhebt, wodurch der Krieg noch mehr verlängert und das Volk erst recht der Verelendung preisgegeben wird. Schlimm genug ist es nachgerade schon geworden mit dem Elend. Wer leidet denn am schwersten unter dem unglückseligen Krieg, wer bringt die schwersten Blutopfer, wer arbeitet und darbt? Das Volk, das arbeitende Volk ist es, nicht jene Herren, die unter tönenden Aufrufen die überwältigende Wahrheit des Volkes, das den Verständigungsfrieden will, als inneren Feind beschimpfen und zum Kampf gegen ihn aufrufen. Wenn durch das Treiben jener Herrschaften der so sehnlich herbeigewünschte Friede noch weiter hinausgeschoben wird, dann hat auch jene Presse mit Schuld daran, die ihre Spalten solchem Treiben geöffnet hat.

Die Rücksichtslosigkeit, mit der die Alldeutschen jetzt vorgehen, zwingt alle wahrhaften Friedensfreunde, diesem Vorgehen mit der gleichen Rücksichtslosigkeit zu begegnen. Der Friede ist in Gefahr, wenn den Alldeutschen nicht bald das Handwerk gelegt wird. Und wehe ihnen, wenn das Volk, das wirkliche Volk, das blutende, arbeitende, darbende, zur Verzweiflung gebracht, sich gegen sie wendet, die dem Frieden, dem baldigen Frieden hindernd im Wege stehen. Ein Sturm der Empörung wird sie hinwegfegen, geboren aus dem übermächtigen Verlangen nach Frieden."

Vor der Antwortnote.

Wie die Baseler Nachrichten aus Lugano melden, mußte der päpstliche Kurier mit der Antwortnote der Zentralmächte in Lugano verweilen, weil er durch die Grenzsperre dort aufgehalten wurde. Die Grenzsperre ist mittlerweile aufgehoben. Ob sich die Veröffentlichung der Antwortnote der Mittelmächte nunmehr verspäten wird oder ob der 22. September als Tag der Veröffentlichung beibehalten bleibt, ist noch nicht bekannt.

Verschiedene französische Blätter erfahren angeblich aus diplomatischer Quelle, der Papst werde die Antwort der Mittelmächte auf seine Friedensnote an die Entente weiterleiten und zugleich eine neue Friedensnote überreichen, die im wesentlichen eine Erläuterung zur Antwort der Mittelmächte darstellen wird. Es sei der innige Wunsch des Papstes, die Friedensfrage in Fluß zu halten.

•

Das internationale Schiedsgericht.

Das B. T. meldet: „Wie wir bereits angedeutet haben, wird die deutsche Antwort auf die päpstliche Friedensbotschaft in der belgischen Frage **endgültige, verpflichtende und ins einzelne gehende Erklärungen nicht enthalten.** Zu dem Vorschlage des Papstes, der auf die Einführung einer internationalen Schiedsgerichtsbarkeit abzielt, dürfte die Note im allgemeinen in entgegenkommender Weise Stellung nehmen, dies allerdings nicht ohne den Hinweis, daß bisher alle Versuche, den Gedanken in die Wirklichkeit überzuführen, gescheitert seien, daß also zum mindesten bestimmte Vorschläge des Papstes über den einzuschlagenden Weg abgewartet werden müßten."

•

Ein „englischer Fühler".

Soweit wir unterrichtet sind, so führt der Berl. Lokal-Anz. aus, ist in jüngster Zeit in der Tat ein englischer Fühler in bezug auf die belgische Frage an befreundeter Stelle erfolgt, und ebenso ist in gleich unverbindlicher Form eine Antwort erteilt worden, die sich mit der englischen Anregung, das belgische Faustpfand gegen die deutsch-afrikanischen Kolonien auszutauschen, beschäftigt. Ob sie in positivem oder negativem Sinne gefaßt ist oder zuvor die Gewährung ausreichender Garantien für Belgien gefordert hat, gehört bereits in das Gebiet mehr oder weniger zutreffender Mutmaßungen, deren sich die Oeffentlichkeit bemächtigt hat. Hierzu gehört auch die Behauptung, England sei entschlossen, uns Teile des Kongogebietes gegen Deutsch-Südwestafrika anzubieten. So weit dürften, wie wir zu wissen glauben, die Dinge lange noch nicht gediehen sein.

•

Die englische Presse zur belgischen Frage.

Holl. Nieuws Bureau meldet aus London, die gesamte britische Presse beschäftige sich mit den sogenannten deutschen Erklärungen, wonach die Regierung beabsichtige, auf ihre Ansprüche auf die Herrschaft Belgiens zu verzichten. Die meisten Blätter erblicken darin einen Versuchsballon. Die Pall Mall Gazette sagt, daß Deutschland die ihm durch den päpstlichen Vermittlungsvorschlag gebotene Gelegenheit, sich als Friedensfreund darzustellen und der Entente die Schuld an der Fortdauer des Krieges aufzulasten, reichlich ausnutze. Das Blatt glaubt nicht, daß es sich bei dem deutschen Verzicht auf Belgien um mehr als einen Fühler handele, um die wirkliche Meinung der Entente und der Neutralen kennen zu lernen. Man dürfe erstaunt sein, wenn die tatsächlichen deutschen Zugeständnisse bezüglich Belgiens auch nur einigermaßen den Forderungen der Entente entsprechen würden. Die Alliierten hätten ihre Ansichten nicht geändert und verlangten Wiederherstellung der absoluten Unabhängigkeit und Garantien, auch militärische, gegen eine Wiederholung dieses Rechtsbruches von seiten der Feinde, ferner eine derartig hohe Entschädigung für alle von Belgien erlittenen Schäden, daß künftig niemals wieder eine Macht es wagen würde, Belgien anzugreifen. Der liberale Star sagt, daß diese Preserörterungen ein wesentlicher Schritt zu Friedensmöglichkeiten seien, obwohl das noch nicht genüge als Grundlage für Verhandlungen, da von den anderen Punkten, Elsaß und Serbien, noch nicht gesprochen werde. Für jeden Fall stehe fest, daß die jetzigen Vorgänge die Verhandlungen zum Frieden näherbringen als irgend etwas, was bisher geschah. Die Tatsache, daß die Ententemächte beschlossen, ihre Antwort an den Papst erst zu veröffentlichen nach der deutschen Note, werde es ermöglichen, daß ihre Antwort zugleich auch auf etwaige deutsche Vorschläge eingeht. Das werde ein Schritt weiter zum Frieden sein, weil dadurch der Weg zu diesen Verhandlungen eröffnet werde. Vielleicht beweist die Gesinnungsänderung des Kaisers bezüglich Belgiens seinen Willen zum Frieden, **denn für Belgien müssen wir ausreichende Bürgschaften verlangen.**

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19170920/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG